

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 26 (1947)
Heft: 9

Artikel: Die griechische Frage und der Friede
Autor: Gregory, Achille
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335713>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

26. Jahrgang

SEPTEMBER 1947

Heft 9

ACHILLE GREGORY

Die griechische Frage und der Friede

Nur mit einer großen historischen Verzögerung hat sich die politische Bewegung der griechischen Arbeiterklasse entwickeln können. Die hauptsächlichsten Ursachen hierzu liegen in der kleinbürgerlichen Struktur des Landes, im Rückstand der Industrialisierung und in der Verkümmern der parlamentarischen Republik, die der Ausfluß der bloß auf Persönlichkeiten beruhenden Parteien war. Bis zum zweiten Weltkrieg hatte nur ein Bruchteil der Arbeitenden den Weg zum Klassenkampf gefunden. Im Gefolge der Besetzung des Landes hat sich dann aber die Situation grundlegend geändert. Während die ideologisch und politisch erschöpfte Bourgeoisie in ihrer Mehrheit kollaborationistisch war, wurde der Widerstand hauptsächlich von der Arbeiterklasse und den andern untern Volksschichten geleistet. Die Erprobung in der Widerstandsbewegung bot den Arbeitern den Anlaß, sich von der Bevormundung durch die Bourgeoisie freizumachen und zu lernen, wie man sich organisiert und wie man kämpft. Daraus zogen die Linksorganisationen einen großen Gewinn. Am Vorabend der Befreiung wurde es immer klarer, daß die zwischen den verschiedenen Kräften des Landes bestehenden Beziehungen sich gründlich geändert hatten. Nachdem die Arbeiter- und Volksbewegung die Gesamtinteressen des arbeitenden Teils der Bevölkerung vertreten hatte, war sie gerade dadurch zu einem entscheidenden Faktor des politischen Lebens geworden. Auf der andern Seite wurde die politische Stellung der herrschenden Klassen immer unsicherer. Zwischen der alten, absterbenden Welt und den Kräften, die neu aufstiegen und Form ge-

wannen, wurde die Entfernung ungeheuer und beinahe unüberbrückbar. Der Übergang des Landes zu einer demokratischen Phase nach der Befreiung erschien daher schwieriger, als dies für die andern Ländern Europas der Fall gewesen war. Die demokratische Nachkriegsphase war im allgemeinen ein Kompromiß zwischen den Klassen, der, international gesehen, vom wechselseitigen Kräfteverhältnis bestimmt war. Für das europäische Proletariat bedeutete dies eine neue zeitweilige Gleichgewichtslage, welche auf die Niederlagen während der Nachkriegszeit folgte. In Griechenland jedoch fehlten die Elemente für ein solches Gleichgewicht in ganz ausgeprägtem Maße. Die politische Nachhut der Bourgeoisie mit ihrer faschistischen und kollaborationistischen Vergangenheit konnte ganz offenbar nicht zu einer Politik der Zugeständnisse übergehen. Andererseits besaß die Volksbewegung, die noch zu jung war und zum großen Teil von der Kommunistischen Partei kontrolliert wurde, noch keine genügende politische Reife, um sich der internationalen Lage bewußt zu sein und um zu erkennen, daß die praktische Orientierung dieser Lage angepaßt werden mußte. Das Ergebnis war eine immer mehr sich verschärfende Spannung, die schließlich zum Volksaufstand vom Dezember 1944 führte. Dieser wurde bekanntlich durch die britische militärische Intervention niedergeschlagen. Griechenland war der einzige Staat im befreiten Europa, der eine revolutionäre Krise von etwelcher Bedeutung durchmachte, wobei diese Krise, nachdem sie die Massen der Niederlage entgegengeführt hatte, im Lande eine gegenrevolutionäre Reaktion auslöste. Die ganze spätere Entwicklung in Griechenland ist diesem verfehlten Ausgangspunkt zuzuschreiben.

Die Reaktion gegen den Volksaufstand brachte die rückschrittlichsten Elemente des Landes und vor allem die Monarchisten ans Ruder. Nach «ihrem» Sieg versucht die Bourgeoisie ihre Herrschaft auf dieser Grundlage aufzubauen. Die wirtschaftliche Zersetzung und das allgemeine soziale Parasitentum, das aus jener hervorging, treiben die Bourgeoisie immer mehr zu demokratiefeindlichen Lösungen. Der Neofaschismus, der übrigens auch in andern befreiten Ländern sein Haupt wieder zu erheben beginnt, wird in Griechenland zur herrschenden Form der politischen Aktion der Bourgeoisie. Auf die antikommunistische Psychose des rückständigen Teils des Kleinbürgertums gestützt, versucht der griechische Neofaschismus hauptsächlich mit Terrormaßnahmen zu herrschen. Aus der sozialen Hefe des Volkes und aus früheren Agenten des Kollaborationismus werden mit stillschweigender Unterstützung durch die Behörden Banden gegen die Arbeiterklasse und die Führer der Linken gebildet. Es war der «illegale» Terror, der weiterhin zum legalen Terror führte.

Die demokratische Nachkriegsstimmung und die Beziehungen der griechischen Bourgeoisie zum «demokratischen» angelsächsischen Imperialismus zwangen den griechischen Neofaschismus, sich zur Tarnung die Maske einer gewissen Legalität vorzubinden. Es gab daher im Lande Wahlen und eine Volksabstimmung über die politische Staatsform. Beide haben zufolge der Einschüchterungsmethoden eine «monarchistische Mehrheit» ergeben. Von da an hatte es der legale Terror immer leichter. Das Parlament stimmte serienweise Gesetzen gegen die Freiheit des Volkes und der Gewerkschaften zu. Die Beamtenschaft wurde «gesäubert», und es gibt keine Gewähr mehr für eine administrative und richterliche Unparteilichkeit. Die moralischen Werte der Nachkriegszeit werden auf den Kopf gestellt; mit einer unerhörten Frechheit wird der Widerstand zum Schandfleck und die Kollaboration zum Ehrenmal gestempelt. Der Parteistaat organisiert sich vollständig zum Nutzen einer unfähigen und schmarotzenden Oligarchie. Die Arbeiter- und Volksbewegung erleidet alle Folgen einer schrankenlosen Terrorherrschaft. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden aufgelöst; Tausende von sozialistischen und kommunistischen Kämpfern und sogar bloßen Widerstandskämpfern werden gefangengesetzt oder deportiert. Die «Justiz» spricht für politische Vergehen Todesurteile aus, die auch vollzogen werden.

Während zweieinhalb Jahren waren die griechischen Arbeiter gezwungen, ihren Kampf unter immer schwierigeren Verhältnissen zu führen. Wenn sie aber auch den Gang der Ereignisse nicht haben ändern können, so haben sie deshalb den Kampf doch nicht aufgegeben. Daher konnte sich die griechische Reaktion trotz aller Gewaltanwendung nicht endgültig festigen. Durch alle Wechselfälle hindurch ist der Klassenkampf doch nicht in ein Stadium der Erschöpfung und der politischen Apathie der Massen ausgefallen. Im Gegenteil, er hat immer schärfere Formen angenommen, so daß die Krise und die politische Unsicherheit im Lande weiterdauern. Der Partisanenkrieg ist die neueste Form dieses Kampfes. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung, der durch den Terror von seinen Wohnungen vertrieben wurde, mußte seine Zuflucht zum Maquis nehmen. Der Partisanenkrieg war im übrigen ein sehr wirksames Druckmittel, da alle militärischen Operationen gegen die Partisanen bisher scheiterten.

Als Ganzes betrachtet, zeigt der Verlauf des Kampfes in Griechenland ein negatives Ergebnis. Er hat die organische Entwicklung der fortschrittlichen Elemente verunmöglicht und hat diese verhindert, sich ihrer historischen Aufgabe bewußt zu werden. Er hat die Umgruppierung der Kräfte und die Klärung der Ideen erschwert. Die bloße Tatsache, daß der Mittelpunkt des Kampfes sich ständig von den Industriezentren entfernt und sich nach den

Bergen verlagert, und daß er von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats an die Partisanengruppen übergeht, hat an sich schon etwas Beunruhigendes. Griechenland hat einen Weg beschritten, der zufolge einer verfrühten revolutionären Krise und einer Reihe von Konjunkturfaktoren der Entwicklung entgegengesetzt ist, die sonst in der Nachkriegszeit vorherrscht. Dieser Weg kann nur in eine Sackgasse führen. Deshalb haben die griechischen Sozialisten nie aufgehört, zu betonen, daß die einzige Lösung für das Land in der Demokratie liegt, die allein den Massen die Vorbedingungen für ihre politische und soziale Befreiung sichern kann. Der Appell an die Demokratie hängt aber nicht mehr ausschließlich vom Kampf im Innern ab. Die griechische Frage besitzt vielmehr auch eine internationale Bedeutung, die immer stärker hervortritt.

Seit langem schon gehörte Griechenland wegen seiner geographischen Lage zu den Einflußsphären des britischen Imperialismus. Das Funktionieren eines formalen Parlamentarismus und der alten Personalparteien erlaubten eine ständige Verbindung zwischen der Landespolitik und der englischen Politik. Selbst die reaktionäre Diktatur von Metaxas stellte sich während des Krieges, trotz ihren ideologischen Bindungen an die Achse, auf die Seite der City. Die Lage änderte sich in dem Augenblick, wo die Volksbewegung an die erste Stelle trat. Diesem neuen Faktor gegenüber, der zufolge seines Klassencharakters zum britischen Imperialismus feindlich eingestellt ist, erkennt letzterer nur ein Mittel, die Vernichtung. 1944 hat die britische Politik den Zusammenstoß mit der Widerstandsbewegung herbeigesehnt, ihn vorbereitet und ihn ausgelöst, um ein- für allemal abrechnen zu können. Es war der schwere Fehler der griechischen Kommunistischen Partei, dies nicht begriffen und die ihr gestellte Falle nicht umgangen zu haben. Die britische Intervention schuf einen Präzedenzfall, nach welchem sich die ganze Innenpolitik den Richtlinien des Foreign Office unterziehen mußte.

Der Wahlsieg der Arbeiterpartei ließ die Hoffnung auf eine radikale Änderung der britischen Politik aufkommen. Die Arbeiterregierung hatte jede Möglichkeit, die Gegenrevolution zu beseitigen; denn da diese nur durch die britische Intervention zur Macht gelangt war, war sie ganz von ihr abhängig. Nichts Derartiges geschah. Die Arbeiterregierung schenkte ihr Vertrauen der Rechten und ließ diese gewähren. Sie hoffte, durch diese Haltung die griechische Kommunistische Partei niederwerfen und dadurch den Sowjeteinfluß im Lande vermindern zu können. In Wirklichkeit hat sie aber nicht nur der Arbeiter- und Volksbewegung als Ganzem einen Schlag versetzt, sondern auch der griechischen Kommunistischen Partei ein erstrangiges ideologisches Argument gegen den demokratischen Sozialismus verschafft.

Der Widerspruch zwischen der Politik der Arbeiterregierung und den Interessen des griechischen Proletariats versetzte die junge sozialistische Bewegung des Landes in eine fürchterliche Lage. Die griechischen Massen erkannten auf ihre eigenen Kosten, daß das Ergänzungsstück zur Macht-ergreifung der Sozialisten in England für Griechenland nicht die Demokratie war, sondern der Faschismus. Dieser Situation gegenüber konnte die Sozialistische Partei Griechenlands nur eine Haltung einnehmen: eine klare und deutliche Stellungnahme gegen die Politik der englischen Arbeiterpartei und gegen die Folgen dieser Politik. Die Partei hat ihre Haltung in allen Wechsel-fällen des Kampfes unverändert beibehalten. Es darf hervorgehoben werden, daß es trotz der Schreckensherrschaft nie eine «versöhnliche» Tendenz von irgendwelchem Bestand gab, die versucht hätte, zu manövrieren, das heißt ins andere Klassenlager hinüberzuwechseln.

Der Widerspruch zwischen der Politik der Arbeiterpartei und den demokratischen Forderungen der griechischen Arbeiter hat aber nicht nur letzteren geschadet. Nach zwei Jahren vergeblicher Bemühungen zur Wiederherstellung der «Ordnung» befand sich die britische Politik in der gleichen Sackgasse, in welche sie die griechische Bewegung geführt hatte. Sie konnte sich nur noch aus der Verlegenheit ziehen, indem sie das Land dem amerikanischen «Schutze» überließ. Dies war das ruhmlose Ende des ein Jahrhundert alten Einflusses Großbritanniens in Griechenland.

Das Ergebnis der Einmischung der Vereinigten Staaten in die Angelegenheiten Griechenlands war für den Augenblick eine Stärkung der moralischen Grundlage der Reaktion und damit eine Verschärfung des gegenrevolutionären Terrors und des Partisanenkrieges. Es konnte gar nicht anders sein. Die Politik Trumans in Griechenland wie in der Türkei ist das Streben, einem vorgefaßten Plan gemäß dem amerikanischen Imperialismus die Welthege-monie zu verschaffen. Das britische Versagen in Griechenland gab dem amerikanischen Imperialismus die Möglichkeit, sich außerordentlich wichtige Po-sitionen zu schaffen. Die Absichten der Vereinigten Staaten zielen zur gleichen Zeit nach der Sicherung des Weges zu den Ölfeldern des Ostens, nach der Unterbindung des sowjetischen Expansionsdranges zum Mittelmeer und nach der Verstärkung des Druckes auf die balkanischen Vasallenstaaten der USSR und auf letztere selbst. Griechenland wird dadurch ein Stützpunkt für die aggressive und antisowjetische Politik des amerikanischen Imperialismus. Wenn diese Politik auch durch «demokratische» Schlagworte getarnt wird, so verliert sie doch nichts von ihrem gegenrevolutionären Charakter, und deshalb kann sie keine getreueren Diener haben als die griechischen Reak-tionäre.

Es ist daher unmöglich, auf diesem Wege eine wesentliche Besserung der inneren Lage herbeizuführen. Im Gegenteil bildet die amerikanische Protektion einen neuen Anlaß zu Reibungen mit der USSR. Je mehr Griechenland zum Schnittpunkt der gegensätzlichen Interessen der beiden Großmächte wird, desto mehr geht seine Unabhängigkeit verloren, und desto mehr wird die fortschrittliche Entwicklung seines politischen Lebens ebenfalls problematisch.

Zufolge der inneren Spannungen und der Bedeutung der damit verflochtenen internationalen Interessen stellt die Lage Griechenlands Probleme, die einen viel allgemeineren Charakter haben. Nach der Niederlage der Achsenmächte hat die Arbeiterklasse in den meisten Ländern einen großen Teil ihrer demokratischen Positionen wieder erobert, welche die Grundbedingung für ihre revolutionäre Entwicklung und für ihren Endsieg sind. Auf diese Weise hat sie die objektive Möglichkeit, bewußt den Marsch nach vorwärts fortzusetzen, der nach 1933 unterbrochen war. Dieser Marsch existiert jedoch nur als Tendenz; denn auf der andern Seite erzeugt der dekadente Kapitalismus, so lange er dauert, immer wieder seine eigenen Elemente zum Weiterbestehen, das heißt die Elemente der Gegenrevolution. Es ist daher für die Arbeiterklasse äußerst wichtig, zu wissen, welches die neuen Formen sind, unter denen die gegenrevolutionären Elemente sich entwickeln können, und welches die Anpassungsmöglichkeiten der Gegenrevolution an die objektiven und subjektiven Gegebenheiten der Nachkriegszeit sind. Die Entwicklung der Lage in Griechenland vermag in gewissem Sinne diese Frage abzuklären. Die Erfahrungen in Griechenland beweisen, daß die vorzeitige Erschöpfung der Demokratie ohne entsprechende Entwicklung der revolutionären Kräfte und des klaren Bewußtseins ihrer Führung (international und national) in sich schon eine Erfolgsmöglichkeit für die Gegenrevolution enthält, die sich eventuell im Rahmen eines lang dauernden und ausweglosen Bürgerkrieges äußern kann. Es ist noch hervorzuheben, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Bürgerkrieg eher eine Gefahr für die Entwicklung der sozialen Revolution als ein organisches Element für diesen Prozeß darstellt. Auf diesem Gebiet hat sich die Lage seit 1914 vollständig geändert. Wenn 1914 der imperialistische Krieg dem Bürgerkrieg freien Lauf verschaffte (der sich übrigens in Rußland erst nach der Revolution voll entwickelte und diese in höchste Gefahr brachte), so kann heute gerade der Bürgerkrieg zum imperialistischen Krieg führen, das heißt also zur größten Katastrophe für die Sache des Proletariats. Mehrere Faktoren bestimmen die Umkehr der beiden kausalen Reihen: Die Einmischung der Großmächte in die Angelegenheiten aller Länder ist größer als damals; die nationale Unabhängigkeit fehlt je länger,

je mehr; der weltumspannende, ausschlaggebende Antagonismus zwischen den USA und der USSR wird genährt durch die tiefgehende Verschiedenheit des Regimes und der Ideologien dieser beiden Länder; schließlich gestaltet die Vervollkommnung der Kriegstechnik die von außen kommende Hilfe leichter und wirkungsvoller.

Es erscheint immer unwahrscheinlicher, daß ein dritter Krieg durch einen feierlichen Akt auf internationalem Gebiet ausgelöst wird. Eher könnte der Zusammenstoß durch einige lokal begrenzte Brandherde erfolgen, wobei er sich von diesen weiter ausbreiten würde, nachdem einmal die nötige politische Atmosphäre geschaffen wäre.

Nun ist Griechenland aber im Begriff, ein solcher Brandherd zu werden. Allerdings haben nicht nur in Griechenland die gegenrevolutionären Kräfte Gelegenheit gehabt, sich zu entwickeln. Dieses Land bietet aber ein besonderes Interesse im Vergleich zum Beispiel mit China oder Spanien. In China bestand der Bürgerkrieg schon mehr oder weniger als Dauerzustand in der Zwischenkriegszeit. In Spanien geht das Weiterbestehen des Faschismus auf die Niederlage der Arbeiterschaft während der gleichen Zwischenkriegszeit zurück. In Griechenland aber sind es neue gegenrevolutionäre Kräfte, die in Erscheinung getreten sind. Der Bürgerkrieg in Griechenland, das ist der Bürgerkrieg in Europa, bedingt durch die Zersetzung des Nachkriegskapitalismus, durch die fortdauernde politische Krise des Kontinents und gleichzeitig durch die vorübergehende Unfähigkeit des Proletariats, die sozialistische Revolution bis ans Ende zu führen. Gerade eine solche Art von Bürgerkrieg ist aber mehr als alles andere geeignet, die Sache des Friedens zu gefährden.

Daß ein demokratisches Europa durch den Druck seiner proletarischen und sozialistischen Massen zwischen den beiden Blöcken einen dritten Faktor bilden und auf diese Weise einen entscheidenden Einfluß auf die Erhaltung des Friedens ausüben könnte, ist eine durchaus richtige These. Aber die Voraussetzung dazu ist, daß ein solches Europa überhaupt existiere, zunächst als demokratische Einheit, sodann als eine vom sozialistischen Willen gelenkte Macht. Im gegenwärtigen Zeitpunkt aber stellt Griechenland die deutliche, frappierende Verneinung dieses noch aufzubauenden Europas dar. Je mehr diesem negativen Kurs die Möglichkeit gegeben wäre, anzudauern oder sich noch auszubreiten, desto mehr müßte Europa zum bloßen geographischen Begriff werden. Dann müßten sogar die Länder, die am stolzesten auf ihre demokratischen Überlieferungen und die am zuversichtlichsten in bezug auf den Fortschritt sind, den brennenden Atem des Bürgerkrieges spüren, der alle aufbauenden Bestrebungen vernichten könnte. Die große Zahl der aus-

weglosen Situationen auf nationalem Gebiet würde sich gesamthaft umwandeln in eine international ausweglose Situation, das heißt, sie würde in die Sackgasse führen, welche ein dritter Weltkrieg für die Menschheit wäre.

Man könnte vielleicht gegenüber dieser Art der Problemstellung den Einwand erheben, daß das organische Element der sozialen Entwicklung über-, das dialektische aber unterschätzt werde. Leider haben uns aber die Erfahrungen, die zwischen den beiden Kriegen gemacht wurden, mehr als einmal Anlaß zur Feststellung gegeben, daß sich in schwierigen Situationen hinter der Etikette «dialektisch» meist nur die ideologische Feigheit der Arbeiterparteien verbarg, die zwar den Abgrund erkannten, aber den Mut nicht fanden, dagegen zu reagieren. Die Arbeiterklasse darf sich jedoch nicht mehr in eine solche Falle locken lassen, die aus den internationalen Spannungen und aus der daraus entstandenen Überreizung gespiesen wird.

Eine Verbesserung der allgemeinen Lage, also auch derjenigen Griechenlands, kann immer noch aus einer allfälligen Verständigung zwischen den Großen Zwei oder Drei hervorgehen. Es wäre aber einigermaßen naiv, unabhängig von der Aktion der organisierten Arbeiterklasse auf eine solche Entwicklung abzustellen. Nur das Weltproletariat hätte die historische Möglichkeit, die Frage der Demokratie und des Friedens auf internationalem Boden und im Zusammenhang mit dem sozialen Geschehen zu erfassen. Nur dieses allein könnte demgemäß für die gegenwärtige Problematik eine dauerhafte und fruchtbringende Lösung durchsetzen. Ein großer Teil des Elends unserer Zeit muß gerade dem Umstand zugeschrieben werden, daß die politischen Organisationen des Proletariats eines demokratischen internationalen Programms und einer daraus hervorgehenden bewußten internationalen Aktion ermangeln. Die Lage in Griechenland ist eine Bestätigung dieses Versagens.